

Ecopop – eine grosse Chance für die Schweiz!



Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
2. Zentral-
vizepräsident,
Zürich

Nach der denkwürdigen Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 glaubten viele Schweizerinnen und Schweizer, jetzt werde endlich die Einwanderung auf ein erträgliches Mass reduziert.

Inzwischen dürfte es jedermann klar sein, dass dies eine Illusion war. Unsere Regierungspolitiker von links bis rechts denken nicht im Geringsten daran, den Volksentscheid zu befolgen. Stattdessen suchen sie unablässig nach Möglichkeiten, diesen zu umgehen. Und das ist leider nicht einmal allzu schwierig, weil die angenommene Initiative «gegen Masseneinwanderung» entgegen ihrem viel versprechenden Titel keinerlei

POSTCODE

AZB 3001 Bern

konkrete Begrenzung der Zuwanderung vorsieht. Klar ist immerhin, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern soll. Zur Umsetzung des Volksentscheids hätte der Bundesrat deshalb als Erstes

das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen müssen. Denn dieser Staatsvertrag zwingt uns,

so lange er noch besteht, weiterhin jedes Jahr einen Bevölkerungszuwachs in der Grössenordnung von 80'000 Personen auf. Weil die EU stur auf der verfassungswidrigen Personenfreizügigkeit beharrt, sind diesbezügliche Verhandlungen sinnlos. Sie haben einzig zur Folge, dass sich die Übervölkerung der Schweiz noch jahrelang im bisherigen Tempo verschlimmert – alle 12 Jahre eine Million Menschen mehr in unserem kleinen Land! In Anbetracht des beschämenden Duckmäusertums unserer Regierung gegenüber den immer frecher werdenden EU-Funktionären und des anhaltenden Wachstumswahns der hiesigen Managerkaste ist mittlerweile klar: **Bundesrat und Parlament wollen trotz Volksentscheid weder die Personenfreizügigkeit beenden noch die Einwanderung drosseln.** Darum braucht es

eine klare zahlenmässige Limite für die Einwanderung

in der Bundesverfassung. Mit der Ecopop-Initiative wird die Nettozuwanderung pro Jahr auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung beschränkt. Das tönt nach wenig, bedeutet aber, dass noch immer jedes Jahr 16'000 Personen mehr ein- als auswandern dürfen.

Da erfahrungsgemäss etwa 80'000 Personen pro Jahr die Schweiz verlassen, können also dennoch fast 100'000 Einwanderer neu ins Land kommen.

Und da behaupten die Gegner der Initiative allen Ernstes, die Initiative sei «radikal», führe zu «Abschottung» und «würge die Wirtschaft ab» – das alles ist blanker Unsinn! Nicht anders verhält es sich mit dem Gerede, dass die Einwanderung Arbeitsplätze schaffe.



Die Schweiz hat eine der grössten Zuwanderungsraten des gesamten EU-Raums. Nur eine Reduktion auf 0,2 Prozent garantiert einen wirksamen Umweltschutz.

Spende für den Abstimmungskampf

Liebe Gesinnungsfreunde

Wir befinden uns zurzeit in der heissesten Phase des Abstimmungskampfes. In etwa einem halben Monat findet der Urnengang über die Ecopop-Initiative statt. Damit die Schweizer Demokraten (SD) in diesem «Endspurt» mit der grösstmöglichen Präsenz agieren können, bitten wir Sie um Ihre wertvolle Unterstützung. Wie Sie wissen, treten wir als einzige Partei gegen eine finanzstarke Übermacht von diversen Parteien und Verbänden (u.a. Economiesuisse) an. Nur gemeinsam sind wir stark und werden letztendlich auch gewinnen. Wir danken Ihnen zum Voraus bestens.

Ihre SD-Parteileitung

Das Umgekehrte ist der Fall. **Wir blähen die Wirtschaft unvernünftig auf und schaffen Arbeitsplätze, die wir gar nicht benötigen, sondern nur mit immer noch mehr Einwanderern überhaupt besetzen können.**

Viel gescheiter wäre doch, **die Arbeitsplätze dort zu schaffen, wo die Menschen sind, und Letzteren die Migration zu ersparen!**

Fortsetzung Seite 2

Die Ecopop-Initiative ist ein Gebot der Stunde. Nutzen wir diese Gelegenheit für eine drastische Beschränkung der Zuwanderung und legen ein kräftiges Ja in die Urne!

Ecopop – eine grosse Chance für die Schweiz!*Fortsetzung von Seite 1***Hauptursache der Verbetonierung**

Die ständige Ausdehnung der Siedlungsfläche zu Lasten der (ohnehin zur Ernährung der stark gewachsenen Bevölkerung schon längst nicht mehr ausreichenden) Landwirtschaftsflächen ist mittlerweile zu etwa 80 Prozent eine Folge der Masseneinwanderung. Dass daneben noch weitere Ursachen (leicht wachsender Flächenverbrauch pro Kopf, Geburtenüberschuss) zur Verbetonierung der Schweiz beitragen, kann doch kein Grund sein, gegen die Hauptursache nichts zu unternehmen. Das viel gepredigte «verdichtete Bauen» vermag allenfalls den Kulturlandverlust etwas zu mildern, ändert aber nichts an der zunehmenden Übervölkerung und Übernutzung des Lebensraums Schweiz mit all ihren schädlichen Folgen für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt. Ganz allgemein lässt sich feststellen, dass die Gesamtbelastung der Umwelt aus einer

Multiplikation des Lebensstandards mit der Bevölkerungszahl

resultiert. Die Kritik der Grünen, dass unser «ökologischer Fussabdruck» viel zu gross sei, ist an sich berechtigt.

Eine drastische Reduktion des Lebensstandards lässt sich aber in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht durchsetzen.

Die Stimmberechtigten werden dazu niemals Ja sagen. Umso vordringlicher ist deshalb ein Stopp des Bevölkerungswachstums. Nicht stichhaltig ist die Argumentation, dass punkto Umweltbelastung belanglos sei, ob jemand in der Schweiz oder im Ausland lebe.

Die Zuwanderer kommen ja zu uns, um ihren Lebensstandard zu steigern, und damit belasten sie nach der Migration auch die Umwelt entsprechend stärker. Die

Angstmacherei seitens der Ecopop-Gegner

bedient sich in derselben Mottenkiste längst widerlegter «Argumente», mit denen schon seit mehr als fünfzig Jahren versucht wird, die Masseneinwanderung zu rechtfertigen. Da ist etwa von drohenden Milliardenverlusten für die AHV die Rede.

Natürlich führt der Zustrom junger Ausländer kurzfristig zu einer Entlastung der AHV, doch 20, 30 Jahre später werden auch diese Einwanderer zu Rentenbezüglern und belasten die AHV.

Der Versuch, die Altersvorsorge mit Einwanderung zu finanzieren, gleicht deshalb dem Verhalten eines Schuldners, der glaubt, seinen Schuldenberg loswerden zu können, indem er neue und immer noch grössere Kredite aufnimmt, um die alten abzuzahlen. Ebenso falsch ist die Behauptung, die von Ecopop angestrebte Reduktion der Zuwanderung führe zu einem verheerenden Mangel an Pflegepersonal.

Ein Blick in unsere Spitäler zeigt, dass der Ausländeranteil nicht nur bei den Pflegenden, sondern auch bei den Patienten sehr hoch ist.

Der viel beklagte Mangel an gut ausgebildeten Berufsleuten ist im Übrigen – soweit er denn tatsächlich besteht – grösstenteils hausgemacht. Würde die gymnasiale Maturandenquote von heute etwa 20 Prozent auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt, gäbe es alsbald auch wieder genügend Nach-



Die Verkehrsinfrastrukturen platzen aus allen Nähten. Nur ein Ja zur Ecopop-Initiative schafft Abhilfe.

wuchs für Pflege- und andere Berufe. Nicht beeindrucken lassen sollten wir uns schliesslich vom

Gejammer wegen des möglichen Wegfalls der «Bilateralen I»

Natürlich hätte sich eine Regierung mit «Rückgrat» niemals auf die sogenannte «Guillotine-Klausel» eingelassen, wonach sechs weitere Verträge hinfällig werden, wenn die Personenfreizügigkeit aufgekündigt wird. So etwas bringt nur unser Bundesrat fertig, der ja auch sonst ständig vor den EU-Kommissaren katzbuckelt. Sorgen brauchen wir uns aber deswegen nicht zu machen. Soll doch die EU die «Bilateralen I» für aufgelöst erklären!

Fällt das Landverkehrsabkommen weg, so können wir endlich die Alpeninitiative umsetzen und den Transitverkehr limitieren.

Wozu brauchen wir ein Luftverkehrsabkommen? Die «Swiss» ist ja ohnehin keine Schweizer Airline

mehr, und Flugverbindungen bestehen weltweit auf Gegenseitigkeit. Dazu braucht es keine EU. Der Freihandel im Landwirtschaftsbereich bringt den Schweizer Bauern viel mehr Schaden als Nutzen.

Die Bauern können vielleicht mehr exportieren, aber die Preise sind dabei so niedrig, dass immer mehr Bauernhöfe aufgegeben werden müssen.

Was schliesslich die Forschung betrifft, waren wir den meisten EU-Staaten schon seit jeher weit voraus, und brauchen uns daher gewiss nicht dem tönernen Giganten EU anzuschliessen, um weiterhin Spitzenleistungen zu erbringen.

Stimmen wir also am 30. November JA zur Ecopop-Initiative – sie ist eine einmalige Chance, unser kleines Land davor zu bewahren, so etwas wie ein «Alpen-Hongkong» zu werden, und dafür unsere volle Freiheit und Souveränität zurückzugewinnen!

Schweizerische Identität unter Beschuss

Lesen Sie die diesjährige 1.-August-Rede (Teil 2)

Fortsetzung von letzter Ausgabe

Ecopop-Initiative – SVP auf Abwegen!

Die SVP lancierte die Initiative «gegen Masseneinwanderung». Nach der höchst erfreulichen und historisch bedeutenden Zustimmung an der Urne weigert sich die

EU in gewohnter monarchischer Manier, mit der Schweiz zu verhandeln. Wo liegt nun die Lösung?

Umgehen wir doch diese Verhandlungen oder setzen zusätzlichen Druck auf, indem der Ecopop-Initiative zum Durchbruch verholfen wird.

Und siehe da! Sogar der angeblich patriotischen SVP sind jährliche Einwanderungsströme von etwa 16'000 Personen zu wenig. Ist dieses Verhalten ein Novum?! Nein! Bei der Erstabstimmung über die bilateralen Verträge I im Jahr 2000 verweigerte die SVP die Unterstützung für ein Referendum und beschloss danach auch



Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern

die **Ja-Parole**. Der Grundstein für eine neue Epoche mit exorbitanter Zuwanderung war somit gesetzt. Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit wurde eingeführt. Fünf Jahre später sprach sich das Volk für die Erweiterung der Freizügigkeit auf die neuen EU-Staaten aus. Die SVP überliess die Referendumsarbeit den Schweizer Demokraten und setzte sich erst im Abstimmungskampf gegen die Vorlage ein. Dasselbe wiederholte sich 2006 bei der Vorlage über die Kohäsionshilfe. Im Jahr 2009, Freizügigkeit Rumänien und Bulgarien, war dann wenigstens die junge SVP zur Stelle. **Bei der aktuellen Ecopop-Debatte sprachen sich lediglich drei SVP-Nationalräte und der parteilose Ständerat Thomas Minder für die Initiative aus.** Viele angeblich national denkende, allseits bekannte Volkstribune wechselten die Seite.

Ein SVP-Mann griff sogar die Ecopop-Initianten auf ordinarste Weise an und bezeichnete diese als «Birkenstock-Rassisten».

Ist er wirklich der richtigen Partei beigetreten?! Weitere Worte erübrigen sich. Nun sind die Schweizer Demokraten bei diesem zweiten wegweisenden Urnengang des Jahres 2014 wieder einmal auf sich alleine gestellt. Alleine gegen die «classe politique», **bestehend aus international orientierten Humanisten, wirtschaftsliberalen Globalisten und bürgerlichen Populisten, welche nur Populisten und nicht wie die SD National-konservative sind.** Dabei wollte Ecopop mit dem Artikel zur Familienplanung in den Entwicklungsländern die gemässigten Parteien hinter sich ziehen. Man sprach jedoch lieber von Kolonialismus, was einfach nur ideologische Sturheit und Unsachlichkeit darstellt.

Wirtschaftliche Entwicklung ohne Personenfreizügigkeit

Für die Schweizer Demokraten ist die Strategie indes klar. Die Masseneinwanderungsinitiative verlangt Kontingente. Dies ist ein erster Schritt. Unabhängig davon, wie allfällige Verhandlungen mit der EU ausgehen könnten, **würden wohl die hiesigen Berufsbranchen die mögliche Anzahl Einwanderer entsprechend hoch ansetzen, sodass bei positiver Konjunktorentwicklung das Bevölkerungswachstum gleich stark zunehmen würde.** Im schlimmsten Fall wären es gar weit über 80'000 Personen. Diese Zahl entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Was lässt sich denn überhaupt mit Verhandlungen



Exponenten wie Jean-Claude Juncker (Bild) tyrannisieren die Nationalstaaten zugunsten der eigenen Karriere.

gen gewinnen? Diese sind unnötig und bringen ohnehin kaum den gewünschten Erfolg.

Künden wir doch diese Personenfreizügigkeit. Politische Vereinbarungen waren für wirtschaftliche Zusammenarbeit noch nie nötig. Mit der USA oder dem asiatischen Raum besteht auch keine Freizügigkeit.

Unsere Forschung hat einen sehr guten internationalen Ruf. Selbst ein totaler Verzicht auf das entsprechende EU-Programm «Horizon 2020» würde den Schweizer Standort nicht schwächen. Das Studentenaustauschprogramm «Erasmus» hat ebenfalls keine elementare Bedeutung. Machen wir endlich unsere innenpolitischen Hausaufgaben. Bis anhin verpasste es vor allem das Gesundheitswesen, eigene Ausbildungsplätze zu schaffen. **Wir benötigen eine zusätzliche Vielzahl solcher Praktikumsstellen, aber auch mehr Plätze für Lehrlinge aller Branchen. In der medizinischen Fakultät ist der unsinnige «Numerus clausus» aufzuheben.** Die wirklich notwendigen Hochqualifizierten lassen sich mit der Ecopop-Regelung immer noch rekrutieren, allerdings natürlich viel weniger an der Zahl.

Die Mehrheit der Migranten besteht nämlich aus Personen mit sogenannten Grundstufenabschlüssen sowie Ungelehrten. Hinzu kommt der Familiennachzug.

Selbstbestimmung statt EU-Knechtschaft

Lassen wir uns von der EU nicht unterkriegen. **Wir benötigen für unsere Wirtschaft den Zugang zu einzelnen EU-Ländern, jedoch nicht zum EU-Binnenmarkt.** Wir

sind schliesslich nicht EU-Mitglied und anerkennen dieses Grossmachtgebilde mit seinen gierigen Karrieristen wie Jean-Claude Juncker oder Viviane Reding nicht. Die Union von heute ist eine Institution, welche von Schwellenländern, siehe vor allem Osteuropa, einseitig profitieren möchte. Nationale Volkswirtschaften werden nicht zuletzt dank der gemeinsamen Währung eliminiert. Deutschland und Frankreich sei gedankt! **Niemals akzeptieren wir Schweizer Demokraten «fremde Richter».** Schon jetzt erduldet man Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als übergeordnetes Recht.

Wir bekämpfen das geplante Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz und sind als Partei auch Mitglied des Komitees «gegen den schleichenden EU-Beitritt».

Das letzte Wort bei Angelegenheiten im Zusammenhang mit diesem Rahmenvertrag hätte jeweils der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Das Schweizer Volk wäre nicht mehr der Souverän. Schliesslich beweisen nur schon die Diskussionen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, wie mit dem Stimmvolk umgegangen wird. **SP und Grüne wollen eine Abstimmung über die Bilateralen und haben auf einmal Lunte gerochen. Sie wollen nur in die EU. Mehr nicht!**

Hingegen zeigten gerade die Resultate der Europawahlen vom Mai, dass bei den Mitgliedstaaten die Sympathien bröckeln.

Die Grossen dürfen zahlen und die Kleinen wissen damit nichts anzufangen. Haben die Kleinen Probleme,

so werden sie zu existenziellem Sozialabbau gezwungen. Hingegen muss ärgerlich festgestellt werden, dass die EU-skeptischen Parteien nur bedingt zusammenarbeiten. Die Interessen sollten doch dieselben sein.

SD – im Dienste des Schweizer Volks!

Ja, es war und ist ein wahrlich turbulenten Jahr. Es steht sehr viel auf dem Spiel. **Wir Schweizer Demokraten bitten um Eure Mithilfe.**

Am 30. November 2014 stimmen wir über die Ecopop-Initiative ab. Schreibt Leserbriefe, kreiert Flugblätter, verteilt diese auf der Strasse oder in die Briefkästen. Zusammen schaffen wir es!

Auch sonst werden sich die Schweizer Demokraten weiterhin für eine freie und unabhängige Schweiz einsetzen. Das Fundament ist unsere gemeinsame Herkunft. Diese konnten wir im Kanton Aargau stärken, **indem dank einer SD-Initiative im Kindergarten weiterhin Mundart gesprochen werden kann.** Die Überbevölkerung und Verbetonierung der Landreserven macht uns Sorgen. Deshalb fordern wir endlich die wortgetreue Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung reicher Ausländer und den Erhalt der Lex Koller. Wir befürworten auch, entgegen vielen SVP-Vertretern, die Goldinitiative.

Eine Golddeckung unserer Landeswährung schützt uns vor globalen Konjunkturschwankungen und stärkt unsere Volkswirtschaft gegenüber den Hegemonialansprüchen der USA und der EU.

Der Überfremdung kann vor allem mit dem Erhalt des Schweizertums entgegengetreten werden. Wir fordern, **dass der Text unserer Nationalhymne in den Volksschulen gelernt werden muss. Staatskunde soll obligatorisch sein.** Letztlich sind bei kulturellen Subventionen vermehrt auch traditionelle Vereine wie Schützen-, Schwing- und Musikgesellschaften sowie Turnvereine zu berücksichtigen. Die Schweizer Demokraten bleiben am Ball. **Ohne Basis kann die Parteileitung jedoch nicht erfolgreich arbeiten. Wir brauchen Euch. Gemeinsam sind wir stark!**

In diesem Sinne wünsche ich Euch allen einen schönen 1. August und danke mich für Euer Erscheinen.

Parolen zum Urnengang vom 30. November

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 30. November 2014 beschlossen:

Ja zur Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)»

Von diesem Steuersystem können lediglich Ausländer profitieren, was die Rechtsgleichheit verletzt und somit auch verfassungswidrig und diskriminierend ist. Zudem dürfen die entsprechenden Nutzniesser in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, wobei der Fiskus durch den fehlenden Einbezug der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Steuerausfälle hinnehmen muss.

Obwohl Kantone wie Zürich und Schaffhausen durch den Systemwechsel einige Abwanderungen verzeichneten, führte dies letztendlich dennoch zu höheren Gesamterträgen.

Ein schweizweiter Verzicht auf die Aufwandbesteuerung würde auch diese Wegzüge verhindern. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist insbesondere der EU-Raum im Vergleich mit dem Schweizer Steuerebene wenig konkurrenzfähig. Neben den höheren direkten Steuern bestehen Mehrwertsteuersätze von teilweise weit über zehn Prozent.

Letztlich stellt die Pauschalbesteuerung einen Teil des heutigen unsozialen und unökologischen deregulierten Standortwettbewerbs dar.

Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.



*Keine verfassungswidrige Bevorzugung von superreichen Ausländern!
Ja zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung!*

Ja zur Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»

Im Jahr 2000 veräusserte die Schweizerische Nationalbank (SNB) mehr als die Hälfte ihres damaligen Goldbestandes zu einem sehr niedrigen Marktpreis. Weltweit bauten die Nationalbanken ihre Goldreserven ab und verzichteten auf eine entsprechende Dekkung der Landeswährungen. Stattdessen drückt die Europäische Zentralbank (EZB) massenweise Euros, was eine ständige Abwertung und die bereits erfolgten exorbitanten Staatsverschuldungen zur Folge hat. Gold verfügt über eine gewisse langfristige Preisstabilität und ist weniger volatil als Geldwährungen.

Da die Entwicklung der grossen Volkswirtschaften eher ungewiss ist und die Nationalbank ihre Bilanz mit dem Kauf von Euro stark aufblähte, erscheint ein Goldanteil von 20 Prozent unabdingbar.

Dieser Bestand soll als feste Reserve nicht verkauft werden dürfen. Des Weiteren befindet sich zurzeit 30 Prozent des Schweizer Goldes im Ausland.



Feste Goldreserven sichern die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Schweiz.

Entsprechende Machthaber könnten die Schweiz erpressen und die Herausgabe des Goldbestandes an bestimmte situative Bedingungen knüpfen. Daher sind die gesamten Reserven in der Schweiz zu lagern.

Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten die Gold-Initiative als wichtige Regelung gegen importierte Konjunkturschwankungen. Die Unabhängigkeit der Schweiz als solches wird ebenfalls gestärkt. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Zur Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» wurde bereits zu einem früheren Zeitpunkt die Ja-Parole gefasst.

*Herbstversammlung der
SD Schweiz*

Zur Bologna-Reform

Bei der Bologna-Reform geht es um die Reform des Hochschulwesens. Ein Titel an einer Fachhochschule heisst jetzt «Bachelor». Ebenso wenn man drei Jahre an einer Universität studiert, hat man

einen «Bachelor». An der Fachhochschule und an der Uni kann man anschliessend ein «Master» von etwa zwei Jahren machen und an der Uni kann anschliessend zusätzlich noch ein Dokortitel er-

worben werden. Das Ganze ist nach meinem Wissen eine Abwertung der Fachhochschulen. Ein Bachelor einer Fachhochschule hat eine dreijährige Lehre absolviert und dann drei Jahre inner-

halb des Berufs studiert, er hat also insgesamt sechs Jahre studiert. Ein Bachelor an einer Uni hat nur drei Jahre (berufsspezifisch) stu-

Fortsetzung Seite 5

Schützen wir die Schweiz vor importierter Inflation und sagen überzeugt Ja zur Gold-Initiative!

Schweizer Banken in US-Geiselhaft

Die USA haben den Schweizer Banken einen Vertragsentwurf mit hinterhältigen Passagen vorgelegt. Dieser würde die Schweizer Banken in alle Ewigkeit unter die Fuchtel der USA zwingen. **Die Unterzeichnung würde aber keineswegs das Ende des Steuerstreites (eigentlich ein Wirtschaftskrieg) bedeuten, sondern ihn zementieren.**

Der amerikanische IRS ist nämlich von diesem Vertrag ausgenommen und würde weiterhin gegen die hiesigen Banken klagen und Megabussen aussprechen.

Die USA wollen den Finanzplatz Schweiz definitiv als Konkurrent ausschalten. Nebenbei soll die marode Finanzlage aufpoliert und der Welt gezeigt werden, wie weit das Machtgefüge reicht.

Nur USA dürfen System ausnützen
Selber praktizieren die USA zu-



Gnadenloses Machtstreben der USA (auf dem Bild die Bundessteuerbehörde «Internal Revenue Service-IRS» der Vereinigten Staaten)!

sammen mit England (Kanalseln) ein strikteres Bankgeheimnis als die Schweiz. **Beim automatischen Informationsaustausch unter der Ägide der OECD machen die USA zudem nicht mit.**

Das heisst, die USA verlangen weitestgehende Informationen, aber selber liefern sie keine.

Die Schweizer Banken sollten sich

überlegen, ob das Geschäft in den USA nach den einseitigen «Regeln» der dortigen Behörden und ohne Rechtssicherheit überhaupt noch profitabel geführt werden kann. Falls nein, «goodbye Uncle Sam» und zehntausende Mitarbeitende der CS und der UBS in den USA auf die Strasse stellen.

Und danach die Versicherungen?!

Nach der totalen Unterwerfung der Banken kämen unsere Versicherungen in den Fokus amerikanischer Staatsanwälte und zwar nicht primär wegen irgendwelchen Vergehen. Wohl aber, **weil sie saftige Bussen anstandslos bezahlen, von niemandem Hilfe erwarten können und Konkurrenten amerikanischer Versicherungen sind.**

Was wird unsere Landesregierung gegen diese Angriffe tun? Leider so gut wie nichts!

*Otto Weiersmüller,
Uetikon*

Zur Bologna-Reform

Fortsetzung von Seite 4

diert, er hat allerdings eine Matura, welche aber nicht berufsspezifisch ist. Im entsprechenden Beruf hat diese Person nur drei Jahre Erfahrung.

Man sieht, dass der Bachelor an einer Fachhochschule etwas ganz anderes als ein Bachelor an einer Uni ist. **Es ist doch nicht das gleiche, ob eine Person sechs Jahre innerhalb des Berufs studiert oder ob sie drei Jahre studiert hat.**

Abwertung des dualen Systems

Indem man beiden Berufen nun Bachelor sagt, findet eine Abwertung der Fachhochschulausbildung statt.

Durch die Bologna-Reform findet nicht nur eine Abwertung der Fachhochschulen, sondern des ganzen Systems der «Lehre» statt.

Jeder will nun einen Bachelor- oder Mastertitel. Durch die «Titeli-

tis» wird die Lehre herabgesetzt, da man dort keinen Titel, sondern nur eine Berufsbezeichnung hat. Viele Grosskonzerne belohnen diese Titeltitis noch indem eine höhere Karriere einer Person mit einer Lehre oder auch mit einem Fachhochschultitel verwehrt wird.

Daraus ergibt sich folgendes Fazit

Man kann sagen, dass die Bologna-reform unserem dualen System, welches wir in der Schweiz und in Deutschland haben, schadet.

Der duale Weg ist ein Erfolgsmodell, ein Grund, wieso die Jugendarbeitslosigkeit so tief ist und unsere Wirtschaft so gut funktioniert.

Unser dualer Weg wird von vielen Ländern bewundert. Die EU hat wieder einmal eine Reform verwirklicht, die Europa schadet (allen Ländern mit einem dualen System und Fachhochschulen).

Walter Huber, Basel


Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung),** Samstag 9. Mai 2015, 10.15 bis 15.00 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.

 **SD Kanton Bern: Jahresschlussessen,** Dienstag, 25. November 2014, ab 19 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Bitte Anmeldung bis Montag, 17. November 2014 an info.sd-be@besonet.ch oder über Telefon 079 602 77 41 (Andreas Beyeler, Kantonalpräsident).

 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winklerried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056 222 68 72.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos über Telefon 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Donnerstag, 27. November 2014, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch

SD 
Schweizer Demokraten

Asylwesen ad absurdum – Ein Beispiel der Eritreer in Basel

Bis 2005 kamen pro Jahr nie mehr als 260 Flüchtlinge aus Eritrea in die Schweiz. Seither ist unser Land aber eines der beliebtesten Ziele vieler Eritreer. Die Zahl der Asylgesuche hat rasant zugenommen. Hauptgrund dafür ist ein Entscheid der Asylrekurskommission vor neun Jahren: «Sämtliche Dienstverweigerer und Deserteure sind als Flüchtlinge zu anerkennen.» **Der Rekordstand an Gesuchen wurde dieses Jahr erreicht. 5721 Begehren gab es von Juli bis September.** Zwar hat das Stimmvolk 2013 beschlossen, Wehrdienstverweigerern den Flüchtlingsstatus abzusprechen, aber ohne erkennbare Folgen.

Entscheidend war ein Bundesgerichtsurteil vom Mai, wonach alle Eritreer, die ihr Land illegal verlassen, als Flüchtlinge anerkannt werden.

Garantierte Aufnahme für Eritreer

Inzwischen beherbergt die Schweiz mehr Menschen aus Eritrea als hierzulande in einer mittleren Stadt leben.

15'501 Flüchtlinge aus Eritrea wurden ganz oder vorläufig aufgenommen. Weitere 9515 befinden sich im Asylprozess.

Die Chance, dass sie hier bleiben können, ist äusserst gross. Wer seinen Fuss in die Schweiz gesetzt



Ein beinahe endloser Massenansturm von Eritreern überschwemmt die Schweiz. Dem Bundesgericht sei Dank!

hat, muss sich keine Gedanken mehr machen, dass er je wieder ausgewiesen wird. Gemäss Bundesamt für Migration (BFM) erhalten 90 Prozent der Eritreer Asyl oder werden vorläufig aufgenommen, weil eine Wegweisung ins Land als unzulässig, unzumutbar oder unmöglich erachtet wird. **Der Bundesgerichtsentscheid hatte eine enorme Sogwirkung auf die Einreise von Eritreern.** Die Asylsuchenden wissen, dass sie in der Regel nicht mehr zurück müssen.

Geld für «Familienarbeit»

Was das faktische Rückweisungsverbot für die Steuerzahler bedeutet, zeigt sich am Beispiel der Stadt Basel. Hier können nur die allerwenigsten Eritreer in den Arbeitsprozess integriert werden. **Aktuell be-**

ziehen rund 450 Flüchtlinge aus Eritrea Sozialhilfe. Entweder werden sie über die Asylgelder unterstützt oder dann über die Fürsorge.

Ein Teil der arbeitsfähigen Erwachsenen erhält das Geld, weil er «für Familienarbeit» zuständig ist oder «aus gesundheitlichen Gründen» nicht arbeiten kann.

Die genaue Zahl nennt die SP-geführte kantonale Koordinationsstelle für Asylwesen Basel-Stadt nicht. Rund 25 Personen arbeiten im Tieflohnbereich und werden von der Sozialhilfe unterstützt. Etwa 110 Erwachsene befinden sich in Integrationsmassnahmen und/oder in Deutschkursen.

Die Anzahl zugewiesener Asylsuchender aus Eritrea ist seit 2012 stetig angestiegen. Hatte Basel-Stadt 2006 noch 23 Asylbewerber aufnehmen müssen, **stieg diese Zahl Jahr für Jahr deutlich an und lag 2012 bei 109 pro Jahr und 2013 bei 97 pro Jahr.** Auch die Zahl der vorläufig Aufgenommenen stieg von 2 Eritreern im Jahr 2007 auf 68 im Jahr 2013. Gegenüber der «Basler Zeitung» hat nun ein Insider, der nicht genannt werden will, aus dem Innern der Basler Sozialbehörde geplaudert.

Bei der Basler Sozialbehörde beobachte man, dass frisch eingereiste Eritreer mit einem Beistand zum Amt kommen und haargenau wissen, was ihnen zusteht und welche Ansprüche sie an das Sozialsystem geltend machen können.

Meist seien sie besser über die Möglichkeiten der Unterstützungszahlungen informiert als der Mitarbeiter im Sozialamt, der das Dossier betreut, sagt der Insider. Zu den Kosten, welche die Eritreer verursachen, liegen von der Asylkoordination keine konkreten Angaben vor. Sagen lässt sich aber, **dass Basel-Stadt für Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge im Jahr 2012 durchschnittlich 26'500 Franken pro Person und Jahr aufgewendet hat.**

Bernhard Hess, e. Nationalrat, Bern

Retten wir unser Gold!

So wie der Bundesrat und die beiden Kammern die Gold-Initiative ablehnen, haben mittlerweile auch viele Kantonalparteien von links bis rechts die Nein-Parole beschlossen. Die Initiative will verbieten, dass weitere Nationalbank-Goldreserven verkauft werden und dass alle im Ausland lagernden Teile innerhalb von zwei Jahren in die Schweiz zurückgeholt werden. Ein dritter Punkt ist die Forderung an die Nationalbank, mindestens 20 Prozent ihres Vermögens in Gold zu halten. Mit diesen drei Forderungen wollen die Initianten erreichen, **dass die Sparer, Rentner, Pensionsberechtigten und Lohnabhängigen vor Zinsraub und fahrlässiger Geldentwertung geschützt werden.** Welches Interesse

könnte eine Volksvertretung haben, diese gut nachvollziehbaren Forderungen abzulehnen?

Der Verdacht liegt nahe, dass die überwiegende Mehrheit des Schweizer Parlaments dem Druck der internationalen Hochfinanz folgt.

Sind sich die vielen Kantonalparteien, welche die Nein-Parole zur Gold-Initiative gefasst haben, dessen bewusst? Wohl kaum, denn sonst hätten sie die Gold-Initiative wohl nicht abgelehnt. Ich jedenfalls empfehle für den Urnengang vom 30. November 2014 ein klares Ja zur Gold-Initiative!

Martin Bracher, Büsserach



Kanton Zürich



JA zur Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle

Der Vorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für den städtischen Urnengang vom 30. November 2014 folgende Empfehlung beschlossen: **Die Zürcher Ausnüchterungs- und Betreuungsstelle (ZAB), Erlass einer Verordnung für die definitive Einrichtung, wird zur Annahme**

empfohlen. Da immer häufiger Personen aufgegriffen werden, die unter dem starken Einfluss von Alkohol oder anderen Drogen sich oder Drittpersonen gefährden, ist eine zentrale Ausnüchterungsstelle notwendig.

SD Stadt Zürich

Das gesamte Asylwesen ist ausschliesslich zentral zu organisieren. Jegliches Verteilen auf Kleinstgemeinden ist ineffizient und gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung.



Oui à initiative Ecopop

Défendons l'initiative Ecopop. Après l'acceptation de l'initiative «contre l'immigration de masse», la classe politique fait tout pour saboter la volonté exprimée par le peuple et les cantons. Nous ne pouvons qu'approuver le discours du Président de l'UDC de Würenlos, Thomas Zollinger, lors de la prise de position de l'UDC au sujet de l'initiative Ecopop (298 non contre 80 oui, et quelques abstentions).

Monsieur Zollinger fait remarquer que le Conseil fédéral, censé fixer des contingents, et les lobbies économiques font tout pour vider de son contenu notre initiative «contre l'immigration de masse». On parle déjà de lancer une autre initiative pour forcer son application. Saisissons plutôt la chance qu'offre Ecopop. Contrairement à ce que prétendent ses adversaires, l'initiative est souple et suffit aux besoins d'une croissance de qualité (fin de citation).



L'initiative Ecopop fixe l'augmentation possible du nombre d'immigrants à 17'000 personnes par an.

Nous avons maintenant plus de 100'000 personnes en plus par an. Le Comité Ecopop a refusé toute collaboration avec Les Démocrates

Suisses pour ne pas être traité de xénophobes, mais cette démarche lui a peu servi. L'UDC Roland Büchel a traité le secrétaire général d'Ecopop, Monsieur Andreas Thommen, de raciste au Birkenstock. Est-ce que Monsieur Philippe Roch, qui a occupé une haute fonction à Berne, et l'écologiste Franz Weber, qui a aidé à la récolte des signatures, et tant

d'autres personnalités, sont d'affreux xénophobes? **Quand on n'a pas d'arguments solides, on discrédite les adversaires.** Les délégués des Verts repoussent l'initiative Ecopop par 106 non contre deux voix pour et 8 abstentions. Quand on entend l'argumentation du Comité des Verts, on croit rêver, limiter l'immigration n'est qu'un facteur parmi d'autres, ce qui est déterminant, c'est l'empreinte écologique de chacun. Une religion verte individuelle!

Quand on aura bétonné toute la Suisse, l'empreinte écologique de chacun ne servira plus à rien. Il n'y a pas de préservation de la nature sans une politique de stabilisation de la population.

Nous sommes le seul parti à soutenir l'initiative Ecopop à l'unanimité.

Michel Dupont, 1er vice-président des DS Suisse, Pully

La catastrophe, c'est vous! Les criminels, c'est vous!

Le capital associé aux histrions du mondialisme déploie actuellement la grosse artillerie à l'encontre de l'initiative d'ECOPOP et pour cause... Cette alliance, jadis contre nature, fonctionne à merveille aujourd'hui. **En effet, face à la montée inexorable des nationalismes européens, ses ennemis héréditaires font bloc afin de la décrédibiliser en favorisant le bétonnage FINAL de ce pays.** Doris Leuthard, elle-même, déclarait dans une interview de l'année dernière: «Si on continue comme ça, la Suisse sera totalement bétonnée dans cent ans!» Et pourquoi, je vous le demande? La surface constructible de ce pays est de 38% de la totalité du territoire (!) soit 15'688 km². Sa densité démographique relative à sa surface totale (41'285 km²) est de 198 habitants au km² pour 8,2 millions d'habitants.

Avec 38% de surface constructible, donc habitable, la densité démographique s'élève à 522 habitants au km²! Record d'Europe!

Le conseiller fédéral Berset évoque cette initiative en la qualifiant de

criminelle! Severin Schwan, patron de la Société Roche, parle de catastrophe! Ces individus préservent en réalité les riches canonicats des uns et l'humanitarisme suranné des autres...

Cette alliance antinomique, cynique et perfide, s'attaque aux fondements historiques, ethniques et culturels de ce pays, au nom d'une croissance démentielle, imbécile et suicidaire qui aura raison de lui.

L'immigration forcenée engendre le bétonnage, qui, à son tour, renforce la croissance. Ce syllogisme pervers se vérifie depuis très longtemps ici. Comment imaginer que des salariés rémunérés à coup de lance-pierre dans leur pays d'origine pourraient résister à l'attraction de salaires 7 à 10 fois plus élevés que chez eux? Quand, des manœuvres du bâtiment, j'en connais personnellement, vont travailler en Mercedes et sont rétribués parfois davantage que des professeurs et autres responsables d'établissements bancaires de leur pays d'origine, il ne faut pas

s'étonner de la déliquescence qui déferle aujourd'hui et se trouve en passe d'emporter le pays tout entier! Au 31 août 2014, la Suisse compte officiellement 1'924'129 étrangers, soit 23,4% de la population totale + 800'000 naturalisés env. = 33% env. de personnes d'origines étrangères: 1 tiers! Seul, le Luxembourg fait mieux!

Désormais, il faut bien le reconnaître, ce n'est pas uniquement le patrimoine qui disparaîtra, mais les habitants d'origine dans leur totalité!

Cette translation de population est déjà visible dans les grandes et

moyennes agglomérations (Vevey: 45%; Lausanne: 50%; Renens: 60%; quant à Genève!)...

Et, pour terminer, l'office fédéral de la migration nous apprend que pour la période du 31/08/2013 au 31/08/2014, l'immigration a légèrement fléchi avec une augmentation nette de «seulement» 59'430 personnes (les villes de Fribourg et Vevey réunies!), soit 3,2%, alors que pour l'ensemble de l'UE elle n'est que de 0,22% (15 fois moins!), dès lors, on comprend mieux l'ampleur du désastre qui s'étale sans vergogne sous nos yeux.

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Consignes de vote pour les votations fédérales du 30 novembre 2014

- Oui à l'initiative populaire «Halte aux privilèges fiscaux des millionnaires (abolition des forfaits fiscaux)»
- Oui à l'initiative populaire «Halte à la surpopulation – Oui à la préservation durable des ressources naturelles»
- Oui à l'initiative populaire «Sauvez l'or de la Suisse (Initiative sur l'or)»

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Gedanken zum Ecopop-Artikel über freiwillige Familienplanung

Viele Ecopop-Gegner, besonders aus rot-grünen Kreisen, lehnen den Artikel über die freiwillige Familienplanung entrüstet ab, obwohl diese ein UNO-Menschenrecht ist! Das Leben der Frauen in den Entwicklungsländern ist oftmals traurig und besteht hauptsächlich aus Arbeit und Pflicht. Schon als kleines Kind werden sie zu Gehorsam und Demut gegenüber den Männern erzogen. Sie werden unterdrückt, geschlagen und missbraucht. Meistens werden sie zwangsverheiratet und ihre höchste Pflicht ist es, möglichst viele Söhne zu gebären. Oft werden sie bei weiblichen Embryonen zu einer Abtreibung gezwungen.

Die Frauen haben keinerlei Recht, Schwangerschaften zu verhüten, ohne dass es der Ehemann erlaubt.

80 Millionen ungewollte Schwangerschaften und 40 Millionen Abtreibungen

220 Millionen Frauen in den Entwicklungsländern wird Verhütung verwehrt. Die Gründe sind Armut, sozialer Druck oder Diskriminierung.

80 Millionen Frauen werden ungewollt schwanger, 13 Millionen davon Teenager, 40 Millionen treiben den Fötus ab, wobei dies für 2 Prozent der Frauen tödlich endet. Es wäre besser, Schwangerschaften zu verhüten, als abzutreiben.

Diese Frauen möchten sicher nicht jedes Jahr ein Kind gebären und ihr Leben bei Geburten oder Abtreibungen riskieren.

Familienplanung wäre für diese Frauen ein Segen! Doch dies braucht bei den Männern dieser Länder ein gewaltiges Umdenken! Dort geniesst jeder Mann, der viele Kinder gezeugt hat, ein höheres Ansehen.

Dass die Kinder kaum ernährt werden können, später kein Auskommen in ihrer Heimat finden und zur Auswanderung gezwungen sind, bedenken die Männer nicht.

Männer müssen in die freiwillige Familienplanung einbezogen werden

Es ist dringend nötig, diese Menschen über die Zusammenhänge von Kinderreichtum und Armut

sowie Ökologie und globalem Bevölkerungswachstum zu informieren, verbunden mit Gesundheitsberatung, Aufklärung über Familienplanung und Zugang zu Verhütungsmitteln. Dafür sind die 10 Prozent der Entwicklungsgelder nicht verschwendet, wie viele Gegner argumentieren.

Angesichts des beängstigend schnellen Bevölkerungswachstums auf unserer Erde wäre Familienplanung allen Ländern der Welt zu empfehlen.

Frauen sollen Recht auf Selbstbestimmung erhalten

Wir Schweizer Frauen haben das selbstverständliche Recht, selber zu bestimmen, wie viele Kinder wir gebären wollen! Warum sollen nicht auch die Frauen der Entwicklungsländer dieses Recht und diese Möglichkeit erhalten? Es wäre eine Chance zur Verbesserung ihrer Lebensqualität und es könnte viel Leid, Not und Elend vermieden werden. Deshalb ein überzeugtes Ja zur Ecopop-Initiative!

Margrit Neukomm,
Mitglied Parteilitung der
SD Schweiz, Bern

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen jede Spende, ob gross oder klein, gerne an. Den beiliegenden Einzahlungsschein finden Sie zwischen Seite 4 und 5. Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung.

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern

Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch